

DAS DENKNETZ



RÉSEAU DE RÉFLEXION @ PENSIERI IN RETE

NR. 009 · APRIL 2021



System Change

Yuvviki Diuh, Chris Kelley, Natascha Wey, Lorenz Obrist und Ruth Daellenbach diskutieren über die gemeinsame Arbeit am System Change.

Seite 3

Linkes Projekt

Raul Zelik lotet sechs normative Ziele aus, die eine universalistische Emanzipationsperspektive heute ausmachen könnten.

Seite 7

Geschichte

Jo Lang gibt einen historischen Abriss über linke Bündnisse und Differenzen in der Schweiz. Wo kam es zur Zusammenarbeit, wo zu Spaltungen?

Seite 10

ILLUSTRATION: WWW.ZERSETZER.COM | FREIE GRAFIK

IN BEWEGUNG BLEIBEN

Der Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe liegt auf den sozialen Bewegungen: Also bei der Klima-, Frauen-, Antirassismus- und Arbeiter*innen-Bewegung. Gilt der alte Spruch noch, dass wir «nur gemeinsam stark» sind?

Ab Seite 3

P.P.
8004 Zürich
Post CH AG

Kurzportrait Denknetz

Das Denknetz (gegründet 2004) ist ein sozialkritischer Thinktank, der gesellschaftstheoretische und politische Grundlagenarbeit leistet. Sein Credo sind die Universalität der Menschenrechte und die Unteilbarkeit der Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Fach- und Regionalgruppen erarbeiten Analysen, Thesen und Reformvorschläge zu Wirtschafts- und Sozialpolitik, Arbeitswelt, zu Bildungs- und Migrationsfragen. Wichtige Transversalthemen sind Ungleichheit, Gender, Ökologie, Demokratie und globale Verhältnisse. Das Denknetz wird getragen von seinen 1700 Mitgliedern (Stand Frühling 2021). Mitglieder erhalten alle Denknetz-Publikationen kostenlos nach Hause geschickt. Sie nehmen zu günstigeren Tarifen an Denknetz-Tagungen und Kongressen teil und ermöglichen die Audio- und Video-Produktion. Normalverdienende bezahlen einen Jahresbeitrag von CHF 100.-, Nicht- und Geringverdienende CHF 40.-, Fördermitglieder unterstützen das Denknetz mit CHF 400.-.

www.denknetz.ch | info@denknetz.ch

Réseau de réflexion, groupe francophone

Depuis 2015 existe un groupe francophone qui se réunit à Lausanne. Il essaie d'exprimer un point de vue qui peut être spécifiquement romand sur quelques sujets traités par ailleurs dans le Denknetz. De même, il se positionne sur des thèmes qui lui semblent importants mais qui ne sont pas encore traités. Sujets du groupe francophone traités jusqu'ici : Service public / Médias et Service public / Démocratie / Démocratisation du travail et de l'entreprise / Croissance/décroissance / Les machines intelligentes / Big Pharma / Soins de longue durée.

suisseromande@denknetz.ch

Inhalt

»System Change ist ein Mehrfrontenkampf« *****	3
Ein gemeinsames linkes Projekt *****	7
Bewegungen und Synergien *****	10
Smartvote Tibet *****	13
Die einzig denkbare Zukunft *****	15
Das Revival des Mindestlohns *****	17
Der lange Atem der Wirtschaftsdemokratie *****	19
Nationalbank bunkert 91 Milliarden *****	20
Neuer Schwung mit einem Linksblock *****	23
Wirtschaftsdemokratie und Ökologie *****	24
Berlin – Stadt der Vielfalt *****	26
Neoliberalismus und kein Ende? *****	28
Kommunismus, Zukunft und Wir *****	30
Wirtschaftspolitik im globalen Kapitalismus *****	32
Bildung als Transformation in Richtung Nachhaltigkeit *****	34
Unsere Schulden für kommende Generationen? *****	36
Chaos bei der Impfstoffbeschaffung *****	38
Einladung: Mitgliederversammlung *****	39
Neues auf der Website Mitglied werden! Impressum *****	40

Editorial



Ruth Daellenbach
Denknetz-Präsidentin

Liebe Leser*innen

«Linkswende oder Weltende» war einer der möglichen Titel, unter dem wir im Denknetz Anfang Jahr die Frage diskutierten, ob und wie die unterschiedlichen sozialen Bewegungen gemeinsam Macht von unten aufbauen und den Systemchange voranbringen können.

Verschiedene Autor*innen äussern sich dazu in dieser Zeitung. Darunter Raul Zelik, der die übergreifenden Ziele linker Politik nennt: Nach wie vor geht es um materielle Bedingungen sozialer Gleichheit, aber auch um eine radikale ökologische Wende, die neue feministische Emanzipation, die Stärkung globaler Rechte und Antirassismus. Vertreter*innen eben dieser Bewegungen diskutierten über das Gemeinsame: Ihre Kämpfe sind inhaltlich verflochten - von der Klimajugend zum Frauenstreik, von der Antirassismus- zur Gewerkschaftsbewegung. Die Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung ist ihre gemeinsame DNA; ihr Programm ist ein emanzipatorisches – für ein gutes Leben für alle.

Neben den «traditionellen» linken Organisationen sind neuere Bewegungen auf den Plan getreten. Die grossen Streiks von 2019 – Fridays for Future, Frauenstreik – entwickelten eine riesige Mobilisierungskraft. Die internationale Bewegung Black Lives Matter hat in Verbindung mit zahlreichen Basisgruppen – auch in der Schweiz – dem Kampf gegen Rassismus weltweit Gehör verschafft. Wie können diese Kräfte, über die aktuelle Covid-Krise hinaus, wirksam bleiben? Schaffen sie es, die existenzielle Krise hinter der Pandemie, den Klimawandel, zu stoppen? Lässt sich dieses auf umfassender Ausbeutung basierende System, der kapitalistische Status quo, noch rechtzeitig stoppen und überwinden?

Eva von Redecker anerkennt in ihrem Buch «Revolution für das Leben» die neuen Bewegungen als revolutionäre Praxis. Dies ist eine richtungsweisende und motivierende Perspektive, wenn wir daran glauben, dass sich Menschen mobilisieren lassen, sobald sie sehen, dass es um ihre Welt, um ihr Leben und um ihre Zukunft geht. Dafür braucht es eine glaubwürdige Erzählung über Gerechtigkeit, über Care für Menschen und Umwelt, über Menschenrechte. Wäre das die Vision eines ökologischen und demokratischen Sozialismus unserer Zeit? Hier diskutieren wir weiter.

Wirtschaftsdemokratie und Ökologie

Studierende der Universität Bern untersuchten die Zusammenhänge von Ökologie und Wirtschaftsdemokratie. Die wissenschaftliche Literatur half ihnen wenig. Sie fanden Antworten in der wirtschaftlichen Praxis und kamen zum Schluss, dass demokratisch geführte Unternehmen einen positiven Einfluss auf die Ökologie ausüben können. Sie verdienen gefördert zu werden.

Eine transdisziplinäre Lehrveranstaltung im Herbstsemester 2020 der Unit «Kritische Nachhaltigkeitsforschung» des Geographischen Instituts der Uni Bern ist zusammen mit 21 Studierenden, drei Dozenten, zwei Pionieren und Sachverständigen der Wirtschaftsdemokratie (und Mitgliedern des Denknetz) sowie zehn Praktiker*innen, die in Genossenschaften arbeiten, folgender Frage nachgegangen: Ist die Wirtschaftsdemokratie nicht nur gut für die soziale und politische Befreiung von wirtschaftlicher Fremdbestimmung, sondern ist sie auch ein erfolgversprechender Weg zu ökologisch nachhaltigeren Wirtschaftsmodellen? Die Frage resultierte aus der gemeinsamen Arbeit an den «34 Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft», die im Denknetz entwickelt wurden.¹

Zur Beantwortung der Frage wurde zuerst die wissenschaftliche Literatur konsultiert. Viele überzeugende Arbeiten zum Thema des Zusammenhangs von Wirtschaftsde-

mokratie und Ökologie gab es nicht. Die Mainstream-Nachhaltigkeitsdebatte riskiert zu einem «Grünwaschgang» für privat- und staatskapitalistische Unternehmen zu werden. Die angepeilte ökologisch nachhaltige Wirtschaft soll darüber hinwegtäuschen, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise – grün oder nicht – den Grundwiderspruch der kapitalistischen Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der natürlichen Ressourcen nicht lösen kann. Eine umfassend nachhaltige Wirtschaft braucht, neben dem Einbezug der Ökologie, vor allem auch die Emanzipation von Fremdbestimmung zugunsten von Demokratisierung und Selbstbestimmung.

Die «richtige» Rechtsform reicht nicht

Die Interviews mit den Praktiker*innen aus der Genossenschaftsbewegung zeigten klar, dass die beiden Bereiche gut

“ Die Mainstream-Nachhaltigkeitsdebatte riskiert zu einem «Grünwaschgang» für privat- und staatskapitalistische Unternehmen zu werden. ”

zusammenspielen können, wie z.B. in der solidarischen, meist biologisch orientierten Landwirtschaft oder im Bereich der Technologieherstellung zur Nutzung oder Verteilung von erneuerbaren Energien. Es fanden sich aber auch Arbeiten, welche klar machen, dass genossenschaftliche Rechtsformen keine Garantie gegen reine Wachstumsorientierung – und damit auch keine Garantie für die angemessene Berücksichtigung von ökologischen Nachhaltigkeitsbelangen sind. Migros, Coop oder auch Fenaco sind Beispiele hierzu. Sie zeigen, wie die fehlende demokratische Partizipation ihrer Mitglieder dazu führen kann, dass deren Manager*innen ein einseitiges Wachstumsmodell verfolgen, das die ökologischen Nachhaltigkeitsaspekte ebenso an zweite oder dritte Stelle setzt, wie bei den kapitalistischen Nahrungsmittelkonzernen Aldi oder Nestlé. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung: Die zentrale Frage ist

Mitbestimmung und Selbstverwaltung noch die «automatisch» bessere Berücksichtigung von ökologischen Belangen.

- Ökologie und Wirtschaftsdemokratie können nur dann wirklich strukturell gekoppelt werden, wenn der Wunsch nach Selbstverwaltung der Mitglieder/Miteigentümer*innen der Unternehmen ebenso wichtig ist wie deren Bedürfnis, ökologische Belange als Systemgrenze in die selbstverwalteten wirtschaftlichen Aktivitäten einzubeziehen.

Die Ebenen verknüpfen

Von den Interviews ausgehend haben die Studierenden Vorschläge ausgearbeitet, die zur Ausweitung wirtschaftsdemokratischer Betriebe und zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit beitragen würden. Die vier Vorschläge behandelten wirtschaftsdemokratische Ansätze zur Expansion von erfolgreichen Konsument*innen-Produzent*innen-Genossenschaften, die Reduktion von Food Waste, die Gestaltung von neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und

die Schaffung eines Dachverbandes von ökologisch orientierten Genossenschaften. Interessant war, dass alle vier Vorschläge in der Verbindung der lebensweltlichen und persönlichen Werteebene mit der Betriebs- und Gesellschaftsebene das grösste Potenzial sahen. Die Gruppe, welche einen Vorschlag zu neuen Rahmenbedingungen entwickelte, brachte das in einer dreiteiligen Strategie zum Ausdruck:

1. Der rechtliche Rahmen soll durch die Politik so verändert werden, dass es administrativ und rechtlich einfacher wird, Genossenschaften und damit lokale Kreisläufe zu bilden.
2. Anstelle weniger grosser Genossenschaften sollen viele kleinere Genossenschaften entstehen. Damit kann das Mitspracherecht des/der Einzelnen optimal genutzt werden.
3. Komplementär braucht es die Förderung von Bildungsmaßnahmen, welche den individuellen Wertewandel mit dem Engagement in einer Genossenschaft verbindet.

nicht die nach der Rechtsform, sondern die nach den darüber hinausgehenden Bedingungen, die es braucht um sicherzustellen, dass z.B. Genossenschaften die ökologische Nachhaltigkeit besser integrieren können als staatliche oder privatkapitalistische Unternehmen.

Da die Wissenschaft noch wenig sagen kann, war klar, dass die Frage am besten mit Menschen aus der wirtschaftsdemokratischen Praxis untersucht werden kann. Dazu wurde ein transdisziplinärer Dialog zwischen Studierenden und Praktiker*innen aus Genossenschaften und alternativen Organisationen etabliert. Die Studierenden führten in vier Gruppen vertiefende Interviews mit Personen aus folgenden Bereichen beziehungsweise Unternehmen durch: Landwirtschaftliche Genossenschaften (Landi & Fenaco), Wohnbaugenossenschaft Warmbächli, Produzent*innen-Konsument*innen-Genossenschaft Basimilch, Verein Detailwandel, welcher die demokratische Mitbestimmung der Coop-Genossenschaft*innen stärken möchte, sowie Alternative Bank Schweiz (ABS).

Folgende Schlüsse konnten aus den Interviews gezogen werden:

- Die Genossenschaften erlauben, die Grundwerte der in ihnen organisierten Menschen gut zur Geltung zu bringen, jenseits von struktureller oder rechtsformbedingter Fremdbestimmung.
- Wie die Erfahrungen von Fenaco, dem Verein Detailwandel, Coop oder der ABS (die eine AG ist) zeigen, garantiert die Rechtsform der Genossenschaften alleine weder die effektive betriebliche

Die Diskussion der Vorschläge im Kreis der interviewten Praktiker*innen am Ende des Semesters bestätigte die Bedeutung solcher integrierten Strategien. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass solche Strategien an ihrer Einbindung in das «feindliche» Umfeld der kapitalistischen Wirtschaftseinheiten scheitern können. Es wurde festgehalten, dass es neben der Vereinfachung der Gründung von Genossenschaften auch wichtig sei, ihnen «marktunabhängige», solidarische und nicht-profitorientierte Zugänge zu Land (Wohnbau, Landwirtschaft), Kapital, Weiter- und Ausbildungsmaßnahmen gewähren zu können.

Die Diskussionen zeigten auch, dass es nicht reicht, wenn nur möglichst viele wirtschaftsdemokratische Betriebe Umweltaspekte besonders berücksichtigen. Es braucht auch eine Einbettung solcher Vorreiter der Nachhaltigkeitstransformation in das weitere gesellschaftliche Umfeld, sprich die Unterstützung durch Politik und Wirtschaft und auch eine breite Anerkennung und Wertschätzung seitens der Gesamtbevölkerung. Nur so kann das Potenzial der Wirtschaftsdemokratie zur Förderung einer umweltgerechten Wirtschaftsstruktur voll zur Blüte gebracht werden.



Schematische Darstellung des Problem- und Lösungsansatzes



Stephan Rist
Professor für Humangeographie
an der Universität Bern